

Neuer Militarismus in Japan?

GEBHARD HIELSCHER

„Unter dem aktiven Schutz des US-Imperialismus wurde der japanische Militarismus wieder zum Leben erweckt und ist zu einer gefährlichen Aggressionskraft in Asien geworden. Er . . . versucht vergeblich, den alten Traum von einer ‚groß-ostasiatischen Sphäre des gemeinsamen Wohlstandes‘ zu verwirklichen . . . die japanischen Reaktionäre . . . intensivieren ihre Kriegsvorbereitungen, um nach Übersee zu expandieren.“ So heißt es im gemeinsamen Abschlußkommuniqué, das aus Anlaß des Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten Tschou En-lai in Nordkorea am 7. April in Pjöngyang veröffentlicht worden ist.

„Die beiden Seiten sind ernsthaft darüber beunruhigt, daß der japanische Militarismus mit der aktiven Unterstützung des USA-Imperialismus als eine gefährliche aggressive Kraft in Asien wiederbelebt wird, von neuem den Weg offener Aggression gegen die Völker vieler Länder Asiens beschreitet und dem USA-Imperialismus als Stoßtrupp für dessen Aggressionen in Asien dient.“ Diesmal ist es Prinz Norodom Sihanouk, der Exil-Staatschef von Kambodscha, der zusammen mit Nordkoreas Ministerpräsident Kim Il Sung am 30. Juni eine solche Erklärung in Pjöngyang unterzeichnet hat.

Eine Woche zuvor hatte die Pekingische Volkszeitung „Renmin Ribao“ in einem Leitartikel zum gleichen Thema geschrieben: „Der japanische Militarismus, der, vom USA-Imperialismus hochgepäppelt, bereits wiederbelebt worden ist, trachtet, mit Hilfe des japanisch-amerikanischen Militärbündnisses seinen alten Traum von einer ‚großostasiatischen Sphäre des gemeinsamen Wohlstandes‘ zu verwirklichen. Die japanischen Militaristen erheben anmaßend das Geschrei, der weite Raum vom Westpazifik bis zum Indischen Ozean sei angeblich Japans ‚Lebensnerv‘. Sie haben sogar ausposaunt, Kriegsschiffe zur ‚Verteidigung der Malakka-Straße‘ und Truppen zur ‚Wahrung‘ der ‚ökonomischen Rechte und Interessen‘ Japans nach anderen Ländern entsenden zu wollen.“

Ähnliche Töne waren aus Anlaß der Verlängerung des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags aus Hanoi zu hören. Auch italienische und australische Gastdelegierte kritisierten Anfang Juli während des 11. Parteitags der Kommunistischen Partei Japans die „Restaurierung des japanischen Militarismus“. Und selbst Moskau — an sich an einer Verbesserung der Beziehungen zu Tokio interessiert — erwehrt sich allzu hartnäckiger Forderungen nach Rückgabe der Kurilen-Inseln neuerdings durch einen Hinweis auf die Gefahr eines Wiederauflebens des japanischen Militarismus.

25 Jahre nach Japans bedingungsloser Kapitulation wird Japan erneut mit den Schatten seiner Vergangenheit konfrontiert. Ein Vierteljahrhundert, nachdem Kaiser Hirohito sein Volk in einer historischen Rundfunkansprache am 15. August 1945 aufgefordert hatte, die Waffen zu strecken und sich in die Niederlage zu beugen, nimmt

auch Japans größte Tageszeitung, die „Asahi Shimbun“, den Jahrestag dieses Ereignisses zum Anlaß, um vor der Gefahr zu warnen, daß Japan erneut den Weg zu insulärem Nationalismus und Militarismus geht.

Was ist geschehen? Wo liegen die Ursachen für das plötzliche und — wie man meinen könnte — konzertierte Wiederaufleben solcher Vorwürfe? Droht Japan tatsächlich erneut dem Militarismus vergangener Tage zu verfallen oder neue Züge eines pan-asiatischen Imperialismus zu entwickeln?

Angelpunkt für derlei Befürchtungen sind neben der um sich greifenden Wirtschaftsexpansion der Japaner — gerade in Asien — und ihrem wachsenden Selbstvertrauen vor allem das sich wandelnde japanisch-amerikanische Bündnis und die Aussicht, Tokio könne im Gefolge des Abbaus amerikanischer Bastionen in Asien — unter dem Banner der sogenannten Guam- oder Nixon-Doktrin — in die Fußstapfen Washingtons treten und die Rolle eines militärischen Oberaufsehers in diesem Teil der Welt übernehmen, mindestens anstreben.

Grundlage der japanisch-amerikanischen Beziehungen ist — abgesehen vom San Franziskoer Friedensvertrag — weiterhin der „Vertrag über gegenseitige Zusammenarbeit und Gewährleistung der Sicherheit“, kurz Sicherheitsvertrag genannt. Das am 23. Juni 1960 nach riesigen Protestdemonstrationen in Kraft getretene Militärabkommen löste den alten Sicherheitsvertrag aus dem Jahre 1952 ab, der zusammen mit dem Friedensvertrag ausgehandelt worden war und kaum mehr als eine Fortsetzung von Besatzungsrecht in Vertragsform bedeutet hatte.

Der neue Sicherheitsvertrag, dessen erste Zehnjahresperiode am 22. Juni dieses Jahres abgelaufen war, ist erwartungsgemäß verlängert worden. Doch mit einer entscheidenden Veränderung: war das Militärbündnis bisher unauflösbar, so kann es nunmehr von beiden Seiten mit einjähriger Frist gekündigt werden. Für Tokio bedeutet das neuen politischen Spielraum, für Washington, aber auch für Japans asiatische Nachbarn, ist damit ein Element der Ungewißheit verbunden. Denn wenn der Vertrag einmal beendet ist, kann Japan frei und ungebunden durch internationale Abkommen seine gesamte Militärpolitik neu gestalten, mit Ausnahme allenfalls des Nuklearbereichs für den Fall, daß Tokio seiner Unterzeichnung des Atomsperrvertrags am 3. Februar dieses Jahres bis dahin auch die Ratifizierung durch das Parlament folgen lassen sollte. Daß die Möglichkeit zur Beendigung des Sicherheitsvertrags nicht nur rechtlich und theoretisch besteht, zeigen Äußerungen von Verteidigungsminister Yasuhiro Nakasone, der für Mitte der siebziger Jahre die Ablösung des Vertrags durch eine Art bilaterales Freundschaftsabkommen erstrebt. Aber auch eine recht aufschlußreiche, wenngleich später abgeschwächte Erklärung von Ministerpräsident Eisaku Sato auf seiner Pressekonferenz vom 15. Mai: „Im Lichte des gegenwärtigen Verteidigungssystems glaube ich, daß der US-japanische Sicherheitsvertrag ohne Frage während der nächsten zwei, drei Jahre notwendig sein wird.“ In die gleiche Richtung zielen Textäußerungen, die in einem vom japanischen Außenministerium in Auftrag gegebenen Film zum Thema „Neue Aufgaben für Japan“ enthalten sind. Dort heißt es in diesem Zusammenhang: „Die Selbstverteidigungsstreitkräfte . . . sind im Laufe der Jahre entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung ständig verstärkt worden . . . War Japan zunächst vollständig auf Hilfe von außen angewiesen, so kann es heute die Aufgaben seiner nationalen Verteidigung weitgehend aus eigener Kraft bewältigen, mit ergänzender Rücken- deckung durch die amerikanischen Streitkräfte.“

Der Sicherheitsvertrag

Das sind die Perspektiven der Zukunft, doch im Augenblick gilt der Sicherheitsvertrag mit jenem Artikel 6, dessen entscheidender Satz lautet: „Als Beitrag zur Sicherheit Japans und zur Erhaltung des internationalen Friedens im Fernen Osten wird den Vereinigten Staaten von Amerika die Benutzung von Einrichtungen und Gebieten in Japan durch ihre Land-, Luft- und Seestreitkräfte gestattet.“

Das ist die Rechtsgrundlage für die Unterhaltung — bzw. Fortführung aus den Tagen der Besatzungszeit — eines über ganz Japan verteilten Netzes von amerikanischen Militärstützpunkten, die zur Zeit des Koreakriegs (Stand: Ende 1952) immerhin ein Gebiet von etwa 135 000 Hektar (= 2824 Stützpunkte) umfaßten, im Laufe der Jahre jedoch wesentlich reduziert wurden, so daß Ende 1969 nur noch 128 Stützpunkte (mittlerweile weiter auf 124 zurückgegangen) mit einer Gesamtfläche von 30 624 Hektar übriggeblieben waren. Auch die Zahl der auf diesen Stützpunkten stationierten US-Truppen ist inzwischen erheblich vermindert worden (Ende 1952 eine runde Viertelmillion) und belief sich Ende Mai dieses Jahres auf 39 200 Mann. Davon entfällt der größte Anteil (18 300) auf die Luftwaffe, gefolgt von der Marine (8 700), dem Heer (7 400) und den Spezialeinheiten der Marine-Infanterie (4 800 Mann).

Zusätzlich zu diesen Zahlen und — bis zur Rückgabe der pazifischen Inselgruppe voraussichtlich im April 1972 — außerhalb des Systems des Sicherheitsvertrags unterhalten die USA auf den bisher von ihnen direkt verwalteten Okinawa-Inseln (Gesamtausdehnung 2388,22 qkm, insgesamt 1,014 Millionen Einwohner) eine beträchtliche Anzahl von Raketenabschußbasen, Militärlughäfen und sonstige Stützpunkte, die wegen ihrer mindestens partiellen Verwicklung in den Vietnamkrieg (z. B. B 52 Langstreckenbomberflüge nach Nordvietnam) ein ständiger Herd von Unruhen, Protesten, Boykottaktionen und Streiks waren und sind. Vollständige Zahlen über das Ausmaß des amerikanischen Stützpunktsystems auf Okinawa waren lange Zeit nicht bekannt, bis die japanische Komei-Partei im letzten Herbst eine Untersuchungskommission dorthin entsandte, die zu dem Ergebnis kam, daß es auf Okinawa und seinen Nachbarinseln 148 US-Stützpunkte mit einer Gesamtfläche von 209 qkm gibt, auf denen damals nicht weniger als 53 475 amerikanische Soldaten stationiert gewesen seien (der gegenwärtige Stand wird auf etwa 45 000 Mann geschätzt). Anders als auf den japanischen Hauptinseln befänden sich auf Okinawa auch 32 Abschußrampen — verteilt auf vier Stützpunkte — für Mace B Raketen, die mit Nuklearsprengköpfen bestückt werden können, welche ebenfalls auf den Inseln gelagert würden.

Die Bedeutung der amerikanischen Stützpunkte in Japan und Okinawa muß in Zusammenhang mit den US-Truppenstationierungen in den umliegenden Ländern gesehen werden. Denn Washington hat auch mit Südkorea (1953), Taiwan (1954) und den Philippinen (1951) zweiseitige Sicherheitsverträge abgeschlossen und hält z. B. in Südkorea im Rahmen des dortigen UNO-Kommandos fast 60 000 Mann unter Waffen: zwei Armeedivisionen mit zusammen rund 50 000 Mann, eine Luftwaffendivision von 8000 Mann und etwa 200 Marineberater. (Allerdings sollen bis zum nächsten Frühjahr etwa ein Drittel dieser Streitkräfte abgezogen werden.) Auf den Philippinen waren bisher 24 000 GIs stationiert (von denen jedoch bis zur Mitte des kommenden Jahres 6000 Mann zurückgerufen werden sollen). Darüber hinaus

kreuzt die 7. US-Flotte mit ihren rund 200 Kriegsschiffen, 750 Kampfflugzeugen und 80 000 Mann Besatzung als ständig einsatzbereite Armada in den asiatischen Gewässern des Pazifik, vornehmlich im Gebiet von Taiwan.

Japanischer Vormarsch in Asien?

Während die Vereinigten Staaten ihren Rückzug aus Asien in die Wege leiten — nach Vietnam, Südkorea und den Philippinen wird der Rechenstift sicher bald auch die japanischen Stützpunkte zusammenstreichen — hat der Kampf um die Nachfolge auf den Thron eines „Friedenswächters“ der strategisch wichtigen Region begonnen. Sowjetunion und Volksrepublik China haben ihre Ambitionen in dieser Richtung schon unmißverständlich angemeldet. Es gibt Anzeichen dafür, daß auch Japan — wenngleich in viel begrenzterem Umfang — zu den Bewerbern gehört.

Japans sogenannte Friedensverfassung verbietet in ihrem berühmten Artikel 9 die Unterhaltung jeglichen Kriegspotentials und enthält einen unmißverständlichen Verzicht auf das Recht zur Kriegsführung als Bestandteil der nationalen Souveränität. Dessen ungeachtet verfügt das Land über eine Armee mit etwa 250 000 Soldaten, 950 Kampfflugzeugen und über 200 Kriegsschiffen (für Einzelheiten vgl. Internationales Asienforum, Heft 1/1970, S. 7 ff.). Ihre Existenz wird von der Regierung mit der eher sophistischen Unterscheidung gerechtfertigt, es gäbe offensive und defensive Waffen, die Verfassung habe das Recht auf Selbstverteidigung nicht verbieten wollen, daher sei eine auf diesen Zweck begrenzte Armee verfassungsmäßig, deren offizieller Titel denn auch „Selbstverteidigungstreitkräfte“ lautet.

Die Amerikaner, Initiatoren der militärischen Selbstbeschränkung in der japanischen Verfassung, haben längst gemerkt, daß die nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs mehr als verständlichen Versuche, den japanischen Militarismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, ihren politischen Nahzielen später oftmals widersprachen. Das galt bereits während der Zeit des Koreakriegs, als es ihnen nur mit Mühe gelang, die Japaner zum Aufbau einer nationalen Polizeitruppe zu veranlassen, die den Grundstock der neuen Armee bilden sollte. Weitergehende Wünsche der Amerikaner nach Entsendung von Truppen auf die koreanische Halbinsel lehnte Tokio unter Hinweis auf die Verfassung jedoch entschieden ab.

Ähnliches gilt auch heute gegenüber dem Bestreben Washingtons, seinen Rückzug aus Asien durch eine japanische Übernahme regionaler Verteidigungsaufgaben zu sichern. Tokio sträubt sich nach wie vor, wobei gelegentlich der Verdacht nicht ganz zu unterdrücken ist, es handele sich dabei im Gegensatz zu früher nur noch um eine Art taktischen Widerstand mit Rücksicht auf starke Vorbehalte der eigenen Bevölkerung sowie der umliegenden Länder.

Besonders der Hinweis auf das Gesetz über die Selbstverteidigungstreitkräfte, das angeblich die Entsendung japanischer Truppen ins Ausland verbiete, ist wenig überzeugend. Einmal kann das Gesetz anders als die Verfassung mit einfacher Mehrheit geändert werden (und der Regierungspartei LDP fehlen seit den letzten Unterhauswahlen nur noch 22 Mandate bis zur Zweidrittel-Mehrheit). Zum anderen umschreibt der maßgebliche Paragraph 3 des Gesetzes die Aufgaben der Selbstverteidigungstreitkräfte in so vager Form — sie sollen „unser Land zur Aufrechterhaltung von

Frieden und Unabhängigkeit sowie zur Gewährleistung seiner Sicherheit“ gegen „direkte und indirekte Aggression“ verteidigen —, daß es den schon an der Verfassung geübten Regierungsjuristen ein leichtes sein dürfte, auch die Entsendung japanischer Soldaten ins Ausland zu rechtfertigen. Es kommt letzten Endes also nur darauf an, ob die politische Führung Japans derartige Pläne verfolgt und ob seine Bevölkerung dabei mitmacht.

Was den Willen der Regierung angeht, so läßt sie keine Gelegenheit aus, um zu betonen, daß Japans Aktivitäten in Asien sich auch in Zukunft auf wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit beschränken werden. Dieselbe Regierung hat jedoch gleichfalls wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß bestimmte asiatische Länder für die Sicherheit Japans von Bedeutung sind. So heißt es im gemeinsamen Kommuniqué von US-Präsident Nixon und dem japanischen Ministerpräsidenten Sato nach Abschluß der Verhandlungen über die Rückgabe Okinawas an Japan, Taiwan sei „ein äußerst wichtiger Faktor für die Sicherheit Japans“ und Korea sei „für die Sicherheit Japans von entscheidender Bedeutung“. Und im Abschlußkommuniqué der 4. japanisch-südkoreanischen Ministerkonferenz vom 23. Juli dieses Jahres findet sich der Satz: „Beide Länder bekräftigten, daß ihre Sicherheit und ihr Wohlstand eng miteinander verknüpft sind und daß sie ihre Zusammenarbeit fortsetzen sollten.“ Vorausgegangen waren koreanische Forderungen, angesichts der Reduzierung der amerikanischen Stationierungstruppen wenigstens beim Aufbau einer südkoreanischen Rüstungsindustrie behilflich zu sein. Wie weit Tokio darauf eingegangen ist, bleibt vorläufig unklar.

Wachsendes Selbstvertrauen

Wie steht es nun mit der Haltung der Bevölkerung? In einer Umfrage der japanischen Tageszeitung „Mainichi Shimbun“ aus Anlaß des 25. Jahrestages der Kapitulation haben sich 93% der Befragten gegen jeden Krieg ausgesprochen, 5% hielten ihn für zulässig, sofern Japan nicht beteiligt ist. Dabei war der Anteil der Kriegsgegner unter den Jugendlichen (16—20 Jahren) am höchsten, während er bei der Altersgruppe ab 60 Jahre „nur“ 89% ausmachte. Andererseits ergab die gleiche Umfrage, daß immerhin 18% der Angesprochenen Japan 25 Jahre nach dem Kriege wieder für eine erstrangige Macht hielten (dabei lag die Generation der Vierzigjährigen mit 24% am höchsten, während nur 10% der Befragten unter 20 diese Bewertung teilten), 31% fanden eine zweitrangige Einstufung zutreffend, während 22% der Befragten Japan einen Platz als drittrangige Macht zuwiesen. Sieht man diese Antworten in Zusammenhang mit der 60%igen Zustimmung — 22% davon absolut, die übrigen 38% bedingt — zur Voraussage des amerikanischen Futurologen Dr. Herman Kahn, daß das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert Japans sein werde, so läßt sich ohne Übertreibung feststellen: das japanische Selbstbewußtsein ist wieder beträchtlich gewachsen.

Weniger einleuchtend wäre es, wollte man hieraus nun auf militärische Ambitionen schließen. Allenfalls könnte man vermuten, daß ein starkes Selbstbewußtsein die Voraussetzung für das Entstehen militanter Expansionsgelüste ist. Anhaltspunkte, daß solches Gedankengut wieder größere Verbreitung findet, sind bisher kaum vorhanden; es sei denn, man wollte aus der Tatsache, daß 44% der Befragten bei

nationalen Feiertagen wieder die japanische Flagge herabhängen (55% tun es nicht), auf derlei Tendenzen schließen. Ist somit klar, daß in der Bevölkerung Japans bisher wenig Neigung zu irgendwelchen militärischen Abenteuern besteht, so kann auf der anderen Seite doch nicht übersehen werden, daß die von der Regierung verkündete Politik eines allmählichen Ausbaus der Streitkräfte „entsprechend unserer wachsenden Wirtschaftskraft“ auf immer weniger Widerstand stößt, weitgehend hingenommen oder sogar positiv unterstützt wird. Dabei geht es um sehr erhebliche Beträge. Im Finanzjahr 1970 (1. April 1970 bis 31. März 1971) hat Japan für Verteidigungszwecke etwa 5,7 Milliarden DM (Y 569,500 Millionen) oder 0,8% seines Bruttosozialprodukts bereitgestellt. Im Vergleich zum Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik für 1970 in Höhe von 19,864 Mrd. DM — das entspricht 3,8% des BSP — ist das ein sehr niedriger Ansatz. Doch ändert sich das Bild sogleich, wenn man die Wachstumsraten der beiden Volkswirtschaften vergleicht: während die Bundesrepublik mit einem Wirtschaftswachstum um 9% (real 5,5%) für 1969 mehr als zufrieden ist, haben die Japaner im letzten Finanzjahr erneut einen Zuwachs von 18,8% erzielt (real 13,8%). Projiziert man dieses Wachstumsbild in die Zukunft, so wird sich der japanische Verteidigungshaushalt binnen fünf Jahren fast verdoppeln. Auch wenn ein Großteil dieser Mehraufwendungen durch Kostensteigerungen aufgezehrt wird, bleibt genügend übrig für eine echte Ausweitung der japanischen Rüstungsanstrengungen. Für Japans Nachbarn nach den Erfahrungen der Vergangenheit nicht eben eine beruhigende Aussicht. So erklärte etwa Präsident Marcos nach dem jüngsten Besuch von US Staatssekretär Rogers in den Philippinen Anfang Juli in Manila: „Wir betrachten mit Sorge die wachsenden Aufwendungen Japans für seinen Militärhaushalt.“ Solange die USA im Pazifik blieben, sei nichts zu befürchten, doch sobald die Amerikaner abziehen, würde sich das Bild ändern.

Trotz gegenteiliger Beteuerungen — Ministerpräsident Sato benutzte die nächste Gelegenheit, um zu erklären, das japanische Volk werde niemals zulassen, „daß wir die Rolle Amerikas (in Asien) übernehmen“, historisch gesehen hätten wirtschaftlich starke Länder auch große militärische Macht, „doch im Falle Japans sind wir entschlossen, die Streitkräfte nicht einzusetzen“ — bleibt der Verdacht bestehen, daß Japan nur günstigere Zeiten abwartet und sich in der Zwischenzeit unauffällig, aber konsequent auf seine neue Rolle vorbereitet. Genährt wird solcher Verdacht durch den Wiederaufstieg der großen Rüstungskonzerne und forsche Erklärungen so mancher Industrieführer und konservativer Politiker (vgl. Internationales Asienforum, Heft 1/1970, S. 118—129).

Rüstungsindustrie auf dem Vormarsch

„Europa hat sich zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft formiert. Amerika fängt an, seine eigenen Nationalinteressen vor alles andere zu stellen. Für uns farbige Rassen Asiens ist daher die Zeit gekommen, sich erneut zu vereinen. Ich glaube, das Konzept einer ‚großostasiatischen Sphäre des gemeinsamen Wohlstands‘ aus der Vorkriegszeit war richtig. Wir müssen in erster Linie auf die Interessen unseres eigenen Landes achten.“ Das sind einige der Vorstellungen von Chujiro Fujino, Generaldirektor von Mitsubishi Shoji, dem Handelshaus des Mitsubishi-Konzerns.

„Bei der Waffenproduktion machen wir keinen Gewinn. Ich glaube, es ist die Pflicht der Großindustrie, bei der Verteidigung unseres Landes mitzuhelfen“, meint Yoichiro Makita, Generaldirektor der Firma Mitsubishi Schwerindustrie. Ganz ähnlich hört sich das bei Ken Okubo, dem Generaldirektor von Mitsubishi Electric, an: „Unsere Grundprämisse ist die Verteidigung unserer Heimat. Dazu braucht man gute Waffen. Wir wollen nicht, daß profitsüchtige Firmen diesen wichtigen Auftrag übernehmen. Also stellen wir die Waffen her, sogar auf die Gefahr, in die roten Zahlen zu geraten.“ Herr Okubo, so muß man wissen, ist zugleich Vorsitzender des Verbands der japanischen Rüstungsindustrie und ein offener Befürworter eigener Kernwaffen für Japan.

Alle drei gehören zum Hause Mitsubishi, einem Konzern von 44 Firmen mit insgesamt 340 000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz in der Größenordnung von 10% des japanischen Bruttosozialprodukts. Wie vor dem Kriege ist die Mitsubishi Gruppe mittlerweile auch wieder der größte Waffenlieferant des Landes. Mitsubishi Schwerindustrie hat den größten Teil der Panzer fürs Heer produziert, ein Drittel der Zerstörer der japanischen Marine und fast alle Düsenkampfflugzeuge der Luftwaffe. Demnächst wird dort auch die Produktion von F 4 E Phantom-Düsenjägern aufgenommen, die das Hauptkampfflugzeug Japans für die siebziger Jahre werden sollen. Ebenso wie die schon seit längerer Zeit in diesem Hause hergestellten Nike-Raketen unter amerikanischer Lizenz.

Der Auftrag zur Fabrikation einer in Japan entwickelten Boden-Luft-Rakete wurde im Juni an ein anderes Firmenkonsortium — Toshiba, Kawasaki und Nissan — vergeben, um neben Mitsubishi allmählich einen zweiten Rüstungskonzern aufzubauen. Toshiba ist bisher vor allem als Erzeuger von Elektrogerät, Stahlerzeugnissen und Industriemaschinen hervorgetreten. Kawasaki, ebenfalls ein Stahlproduzent, hat außer Flugzeugen Unterseeboote für die japanische Marine gebaut, während Nissan, Japans zweitgrößter Autohersteller, die Rakete gebaut hat, welche Japans ersten künstlichen Satelliten „Osumi“ am 11. Februar dieses Jahres in die Umlaufbahn befördert hat.

Das Interesse der Rüstungsindustrie ebenso wie der beiden Wirtschaftsverbände „Keidanren“ und „Nikkeiren“ an einem Ausbau der japanischen Verteidigungskraft mag verständlich sein, denn immerhin verheißt eine solche Entwicklung mindestens langfristig profitable Staatsaufträge. Angesichts der überaus engen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Regierung Japans ist eine direkte politische Beeinflussung kaum auszuschließen. Welche Rolle dabei die organisierten Verbandsinteressen schon heute spielen, zeigen die umfassenden Vorschläge, welche der Ausschuß für Verteidigungsproduktion von „Keidanren“ — eine Organisation, die mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie BDI verglichen werden kann — unlängst an die Regierung gerichtet hat. Darin wird unter Berufung auf die Veränderungen in der internationalen Lage sowie des Wachstums der japanischen Wirtschaftskraft eine grundlegende Überprüfung des gesamten Sicherheitssystems des Landes gefordert. Darüber hinaus beschäftigt sich der Ausschuß auch mit organisatorischen Fragen und empfiehlt der Regierung die Gründung eines Beirats zur Beratung des Ministerpräsidenten in Verteidigungsfragen. Diesem Beirat sollen neben Politikern und Fachwissenschaftlern auch Vertreter der einschlägigen Industriezweige angehören. Außerdem soll dem Verteidigungsminister nach den Vorstellungen von Keidanren ein neuzuschaffender Planungsstab beigeordnet werden.

All diese Vorschläge zielen letzten Endes auf die Verwirklichung des Konzepts einer „autonomen Verteidigung“ Japans ab, das auf den heutigen Verteidigungsminister Yasuhiro Nakasone zurückgeht und auch von „Nikkeiren“ — dem japanischen Arbeitgeberverband — unterstützt wird. „Nikkeiren meint, daß autonome Verteidigung dasselbe ist wie Verteidigung aus eigener Kraft, doch müßten wir sogar Kernwaffen besitzen, wollten wir die perfekte autonome Verteidigung verwirklichen. Ich selber glaube, daß eine Verteidigung aus eigener Kraft plus Sicherheitsvertrag mit den USA noch für einige Zeit ausreichend sind.“ Mit diesen Worten kennzeichnete Tokusaburo Kosaka, Abgeordneter der regierenden LDP und Bruder eines früheren Außenministers, zugleich Generaldirektor der Firma Shinetsu Chemie, die Haltung von Nikkeiren — wie auch seine eigene — zur allgemeinen Verteidigungspolitik. Wesentlich direkter hatte sich Takeshi Sakurada, einer der Direktoren von Nikkeiren, im vergangenen Herbst geäußert: er nannte Artikel 9 der Verfassung ein Hindernis für die Verteidigung Japans. Mit dieser Ansicht steht Sakurada nicht allein, wengleich die Motive für den Wunsch nach einer Verfassungsreform recht unterschiedlich sein mögen. Auch Verteidigungsminister Nakasone strebt eine Überprüfung der „Friedensverfassung“ an, will diese aber nicht auf Artikel 9 begrenzt sehen und nennt als geeigneten Zeitpunkt etwa 1975, „das dreißigste Jahr nach Verkündung der ursprünglichen Verfassung oder eine Generation nach unserer Annahme dieser Verfassung. Ich glaube, das ist der richtige Augenblick für eine Überprüfung der Verfassung durch das Volk“¹.

Vielleicht werden es eines Tages die Nakasones von Japan sein, diese selbstbewußten Pragmatiker mit dem bewußt unterkühlten Nationalstolz, die hitzigere Gemüter daran hindern, ihr Land erneut auf den Pfad militärischen Protzertums zu locken. Die Anfechtung ist vorhanden, die Potenz für einen neuen Militarismus ist da. Doch es spricht gegenwärtig wenig dafür, daß die politische Führung geneigt ist, irgendwelche Experimente in dieser Richtung zu unternehmen. Erst recht nicht die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung. Denn sie wissen, ihr Land hätte dadurch nichts zu gewinnen, was ihm nicht allein auf Grund seiner wachsenden Wirtschaftskraft erreichbar wäre. Außer vielleicht den Titel „The Ugly Japanese“.

¹ Die Erforschung des Verfassungsbewußtseins in Japan wird in Heft 1/1971 des Internationalen Asienforums von Elmar Hillach analysiert.